



**Interpellation der SVP-Fraktion
betreffend Auswirkungen einer Ablehnung der Nachhaltigkeits-Initiative
(Keine 10-Millionen-Schweiz!) auf den Kanton Zug**
(Vorlage Nr. 4036.1 - 18435)

Antwort des Regierungsrats
vom 19. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion hat am 16. Dezember 2025 die Interpellation betreffend Auswirkungen einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative (Keine 10-Millionen-Schweiz!) auf den Kanton Zug eingereicht. Der Kantonsrat hat die Interpellation an seiner Sitzung vom 29. Januar 2026 dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

1. Vorbemerkungen

Die Nachhaltigkeitsinitiative sieht folgenden neuen Art. 73a der Bundesverfassung vor:

¹ Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Ab 2050 kann der Bundesrat den Grenzwert jährlich durch Verordnung um den Geburtenüberschuss anpassen. Der Bund stellt sicher, dass der Grenzwert eingehalten wird.

² Bund und Kantone treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, insbesondere zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen.

³ Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

Die Übergangsbestimmungen zu Art. 73a sehen Folgendes vor:

¹ Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 neuneinhalb Millionen Menschen, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht und kein anderweitiges Bleiberecht. Vorbehalten sind die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts. Der Bundesrat strebt ausserdem im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 die Neuverhandlung bevölkerungswachstumstreibender internationaler Übereinkommen, seien sie rechtsverbindlich oder nicht, oder die Aushandlung von Ausnahme- oder Schutzklauseln an. Sehen Übereinkommen solche Klauseln vor, so ruft der Bundesrat sie an.

² Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz den Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes. Absatz 1 gilt entsprechend. Jedoch sind internationale Übereinkommen im Sinn von Absatz 1 auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen, insbesondere der Globale Pakt vom 19. Dezember 2018 für eine sichere, geordnete und

reguläre Migration (UNO-Migrationspakt), falls die Schweiz diesen unterzeichnet hat. Ist der Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1 nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner erstmaligen Überschreitung noch nicht wieder eingehalten und konnten bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden, mit denen die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird, so ist auch das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen.

³ Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen in Form einer Verordnung innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände. Die Verordnung gilt bis zum Inkrafttreten der von der Bundesversammlung erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Die Bundesversammlung beschloss am 19. Dezember 2025, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Sie kommt am 14. Juni 2026 auf Bundesebene zur Abstimmung.

Im Zentrum der Nachhaltigkeitsinitiative steht der Grenzwert der Wohnbevölkerung von 10 Millionen Personen. Dieser wird gemäss Referenzszenario (mittlerem Szenario) der Bevölkerungsentwicklung des Bundesamts für Statistik (BfS) im Jahr 2040 bzw. 2041 erreicht und der in den Übergangsbestimmungen festgelegte Wert von 9,5 Millionen im Jahr 2031. Demnach handelt es sich um mittel- bis längerfristige Szenarien, die mit einigen Unsicherheiten behaftet sind. Insbesondere hängen die Szenarien von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz ab, die sich angesichts der internationalen Verwerfungen und Unsicherheiten kaum über einen so langen Zeitraum genau voraussagen lässt. Zudem handelt es sich bei der Nachhaltigkeitsinitiative um eine Vorlage auf Bundesebene, die sich primär an die Organe des Bundes richtet. Dies ergibt sich insbesondere aus den Übergangsbestimmungen. Der Regierungsrat hält sich usanzgemäss mit Stellungnahmen im Vorfeld von Volksabstimmungen auf Bundesebene zurück, ist es doch nicht an ihm, Abstimmungsempfehlungen dazu abzugeben.

Überdies beziehen sich die in der Initiative vorgegebenen Grenzwerte auf die gesamte Schweiz. Aufgrund des unterschiedlichen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums in den Kantonen, das von der Initiative nicht abgebildet wird, können keine zuverlässigen zahlenmässigen Aussagen zum Kanton Zug gemacht werden. Die Begrenzung des Wachstums dürfte eher zu Ungunsten der weniger attraktiven Kantone ausfallen als zulasten des Kantons Zug. Demzufolge können die Fragen grösstenteils nicht auf den Kanton Zug heruntergebrochen beantwortet werden.

2. Beantwortung der Fragen

2.1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zug bei einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative? Welche Szenarien oder Prognosen liegen vor?*

Das BfS geht für den Kanton Zug im Jahr 2040 von folgender ständiger Wohnbevölkerung aus: im tiefen Szenario 140 466, im Referenzszenario (mittleren Szenario) 149 363 und im hohen Szenario 158 239. Dabei wird nicht nach einer Annahme oder Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative unterschieden. Für den Kanton Zug gelten die vom Kantonsrat im Richtplan beschlossenen Zahlen, die für die Richt- und Nutzungsplanung sowie für die raumwirksamen Tätigkeiten von Kanton und Gemeinden verbindlich sind (im Jahr 2040: 148 500). Diese liegen nahe beim aktuellen Referenzszenario des BfS.

2.2. Welche Auswirkungen hätte ein ungebremses oder stärkeres Bevölkerungswachstum auf die kantonale Raumplanung, insbesondere auf Verdichtung, Bauzonenreserven und den Schutz von Landschafts- und Erholungsräumen?

Im Rahmen verschiedener Anpassungen des Zuger Richtplans zeigte der Regierungsrat auf, dass mittels Verdichtung und Überbauung noch unüberbauter Bauzonen genügend Kapazitäten für die gemäss Richtplan beschlossene Bevölkerungszahl von 148 500 im Jahr 2040 vorhanden sind. Dem Kantonsrat werden im Jahr 2027 die neuen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung für den Kanton Zug zum Beschluss unterbreitet. Im Rahmen dieser Diskussion wird der Regierungsrat auch aufzeigen, welche Konsequenzen die aktualisierte Prognose für die Bauzonen, die Verkehrsplanung sowie den Schutz der Landschafts- und Erholungsräume haben.

2.3. Rechnet der Regierungsrat im Falle einer Ablehnung der Initiative mit einem zusätzlichen Bedarf beim Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, öffentlichem Verkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasseranlagen? Welche Kosten könnten daraus entstehen?

Eine allfällige Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative ist nur einer von verschiedenen Faktoren, die das Bevölkerungswachstum beeinflussen können. Dazu gehören insbesondere auch die Demografie, die Zuwanderung aus anderen Kantonen und generell die wirtschaftliche Entwicklung, die sich vor dem Hintergrund der erwähnten Ausgangslage auf eine längere Sicht nicht sicher vorhersehen lassen. Bei dieser Ausgangslage wären Aussagen zu den Kosten spekulativ und liessen sich nicht allein auf die Ablehnung der Initiative zurückführen.

2.4. Welche Folgen wären für die bereits angespannte Wohnraumsituation zu erwarten? Welche Auswirkungen hätte ein weiterhin starkes Bevölkerungswachstum auf Mietpreise, Eigentumswohnungen und die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum?

Die Wohnraumsituation mit hohen Preisen für Miet- oder Eigentumswohnungen hängt von verschiedenen Faktoren ab, namentlich vom Bevölkerungswachstum (Zuwanderung, Binnenwanderung und Geburtenüberschuss). Hinzu kommt die demografische Entwicklung (mehr Einpersonenhaushalte), der Wohlstand (mehr Wohnfläche pro Person) oder die Erstellung neuer Wohnungen. Letztere hinkt im Kanton Zug aus verschiedenen Gründen hinter der Nachfrage her. Mit der Wohnpolitischen Strategie 2030 forciert der Regierungsrat ein Set von Massnahmen, die stärkere Anreize für das Erstellen von Wohnungen schaffen. Diese Strategie ist unabhängig von der Abstimmung über die Nachhaltigkeitsinitiative.

2.5. Welche Konsequenzen erwartet der Regierungsrat für Umwelt, CO₂-Bilanz, Biodiversität und den Verbrauch natürlicher Ressourcen, falls das Bevölkerungswachstum nicht stärker reguliert wird?

Der Zustand der Umwelt hängt nur teilweise vom Bevölkerungswachstum ab. Massgebend sind daneben auch das Verhalten der Bevölkerung, der technologische Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung. Aussagen zum Zustand der Umwelt können daher weder für den Fall einer Annahme noch einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative gemacht werden.

2.6. Wie würden Schule, Gesundheitswesen, soziale Einrichtungen und Verwaltung auf weiteres Wachstum reagieren müssen? Rechnet der Regierungsrat mit zusätzlichem Personal- oder Finanzbedarf?

Das Bevölkerungswachstum wirkt sich auch auf die genannten Bereiche aus. Die Anpassung von Infrastrukturen benötigt erfahrungsgemäss Zeit. Eine zuverlässige Aussage zu den Auswirkungen einer allfälligen Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative lässt sich jedoch aus den genannten Gründen nicht machen (vgl. Vorbemerkungen).

2.7. *Welche Chancen und Risiken sieht der Regierungsrat für den Wirtschaftsstandort Zug, falls die Bevölkerungsentwicklung nicht durch die im Initiativtext geforderte Zielgrösse begrenzt wird?*

Der sehr international ausgerichtete erfolgreiche Wirtschaftsstandort Zug ist auf qualifizierte Fach- bzw. Arbeitskräfte angewiesen, die er aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft noch weniger allein aus der ansässigen Wohnbevölkerung gewinnen kann. Ein liberaler Arbeitsmarkt mit einer massvollen Zuwanderung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Erfolgs. Eine fix begrenzte Bevölkerungsentwicklung würde für den Wirtschaftsstandort Zug eine Herausforderung darstellen.

2.8. *Welche Handlungsspielräume hat der Kanton Zug unabhängig von einem allfälligen bundesrechtlichen Rahmen, um die Entwicklung von Bevölkerung, Infrastruktur und Umwelt nachhaltig zu steuern?*

Die innerkantonale und die internationale Zuwanderung kann der Kanton Zug nicht steuern. Die Bundesverfassung kennt zudem die Niederlassungsfreiheit. Raumplanerisch hat der Kantonsrat mit seiner Strategie zur Entwicklung nach Innen die Leitplanken für die Siedlungsentwicklung im kantonalen Richtplan gesetzt. Mit dieser Strategie – auch ohne Neueinzonungen – verzeichnete der Kanton Zug in den letzten 20 Jahren ein moderates Wachstum von rund 1200 Einwohnenden pro Jahr. Ein Investitionsstopp in die Zuger Infrastrukturen (Kantonsschulen, Strassenbauten, Ausbau öffentlicher Verkehr etc.), um die Attraktivität unseres Lebens- und Wirtschaftsstandorts zu schwächen, ist für den Regierungsrat kein Weg.

3. Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 19. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart